

Ohne Ampel wird's für die Bauern ungemütlich

Zum Artikel „Landwirte wollen sichtbar werden“ vom 9. Januar:

Ohne Bauern kein Brot, kein Bier, kein Fleisch, kein Apfelsaft, keine Gewächshäuser für Veganer, keine Milch, keine Wiesen und auch kein Urlaub auf dem Bauernhof. So ungefähr war es auf den Traktortransparenten am vergangenen Montag zu lesen. Ich war mit meinem Enkeltaxi mittendrin. Die Kita hatte zu. Umringt von Fendt, John Deere, Muldenkippern und Radbaggern wurde mein grundsätzliches Wohlwollen gegenüber den Bauern auf eine harte Probe gestellt. Dabei kann ich den Unmut der Landwirte gut nachvollziehen. Deshalb bin ich auch sehr dafür, dass mit meinen Steuergeldern die Landwirtschaft subventioniert wird. Das macht immerhin die Hälfte ihres Gewinns aus. Der wird jetzt im Schnitt um 988 Euro pro Hof und Jahr geschmälert, wenn die angekündigten Subventionskürzungen beim Agrardiesel kommen. So die Hochrechnungen des Landwirtschaftsamts in Backnang für den Rems-Murr-Kreis. Das ist dann bezogen auf das letzte Wirtschaftsjahr rund ein Prozent weniger Gewinn. Aber deswegen die Straßen in Klimaklebermanier blockieren? Deswegen die Ampel kreuzigen und aufhängen? Im vergangenen Ampeljahr haben die Bauern Rekordgewinne eingefahren. Man hat am vergangenen Montag wider besseren Wissens die Falschen aufgehängt. Das ärgert mich. Das Höfesterben ist kein Ampelmännchen. Es ist ein Strukturproblem seit der Adenauerzeit. Und das lässt sich nur mit fairen Preisen für die Erzeuger von Lebensmitteln lösen. Und die machen die Handelsketten und Großmolkereien und nicht die Regierung. Also liebe Bauern, wenn ihr demnächst wieder mal eure Protestbulldogs sattelt, programmiert euer Navi neu. Steuert Landleibe in Heilbronn und die Parkplätze von Lidl, Aldi, Rewe und Edeka an. Dort könnt ihr dann bei Kunden und Marktbetreibern für höhere Nahrungsmittelpreise protestieren. Denn wenn die Ampel weg ist und die AfD was zu sagen hat, wird es ungemütlich. Sie will laut ihrem Grundsatzprogramm alle Subventionen streichen und die Landwirtschaft dem freien Markt zurückgeben. Prost Mahlzeit.

Jürgen Hestler, Weissach im Tal

Die Bauern kämpfen für eigene Interessen

Zum Artikel „Wie schlecht geht es den Bauern?“ vom 9. Januar und „Sprecherin der letzten Generation erneut verurteilt“ vom 5. Januar:

Zweierlei Maß: Die einen kommen massenweise mit Traktoren und jagen ihre Rußwolken in die Atmosphäre, legen bundesweit den Verkehr lahm und verursachen massiven Polizeieinsatz. Aber das ist okay. Sie kämpfen ja anscheinend für ihre wirtschaftliche Existenz, weil der Staat in Form der Regierung notwendige Klimamaßnahmen durchsetzen will und sie dadurch etwas höher belastet. Sie kämpfen also für ihre eigenen Interessen. Ihr Tun ist verständlich, wird akzeptiert und gilt nicht als Nötigung. Die anderen kommen in kleiner Gruppe, setzen nur ihren Körper ein, den sie festkleben, legen damit den Verkehr einzelner Straßen lahm und verursachen Polizeieinsatz. Sie kämpfen nicht für sich selbst, sondern für das Leben ihrer zukünftigen Kinder und Enkel, für das Leben zukünftiger Generationen. Und damit sind sie



Irgendwo geht's immer weiter. Fotografiert von Tobias Sellmaier im Rohrbachtal.

Ideologen. Ihr Tun ist verwerflich und wird abgelehnt. Die einen haben recht, das ist klar. Denn die sorgen für mein Vesper für morgen früh. Die ändern haben unrecht, denn sie sorgen sich darum, dass die Menschen in 100 Jahren auch noch ein Vesper haben, dass sie überhaupt noch leben können. Das ist Ideologie und wird als Nötigung bestraft. Also kämpfe für deine eigenen Interessen, aber nie für die von anderen. Denke an dein Vesper – aber nie an das anderer oder gar Zukünftiger. Ja, ja – einiges verstehe ich da nicht ganz. Vielleicht liegt das an meinem kindlichen Gerechtigkeitssinn oder meinem nicht angepassten Verständnis für manche gesellschaftliche Normen. Oder bin ich gar ein Ideologe? Also so ein Verrückter, der eine logische Idee für das Überleben der Menschheit hat.

Walter Schieber, Auenwald

Protest aus Eigennutz und gegen Klimaschutz

Zur Berichterstattung über die Bauernproteste:

Bauern demonstrieren für ihren Eigennutz und gegen den Klimaschutz. Zahlreiche Minister springen ihnen zur Seite, sogar unser grüner Landwirtschaftsminister. Klimaschützer demonstrieren gewaltfrei für die Allgemeinheit und zukünftige Generationen, für die Einhaltung unserer Verfassung, von Gesetzen und höchstrichterlichen Urteilen. Politiker stufen sie als kriminelle Vereinigung ein und wollen ihre Proteste verhindern. In welcher Welt leben wir denn heute? Wie wäre es mit einem „bedingungslosen Einkommen“ für Landwirte? Alle Subventionen für die Landwirtschaft werden in einen Topf geworfen und durch die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten geteilt. Daraus wird ein von sonstigen Bedingungen freies Grundeinkommen an alle in der Landwirtschaft Beschäftigten finanziert. Damit wäre eine überbordende Bürokratie abgebaut und die Subventionen an die Landwirte geleitet, die sie besonders benötigen. Der einzelne Bauer wäre dann frei von industriellen Zwängen und könnte sich frei für industrielle oder ökologische Wirtschaftsweisen entscheiden. Die heutige überwiegend industrielle Landwirtschaft hat zum Beispiel die Zahl der Insekten schon so weit verringert, dass die Bestäubung der Pflanzen und damit ihre Erträge stark gefährdet sind. Soll das so weitergehen? Oder müssen wir nicht dringend die Bewirtschaftung unserer landwirtschaftlichen Flächen umstellen, um für die Zukunft noch eine sichere Lebensmittelversorgung zu erhalten, statt heute gerade mal so eben den Lebensunterhalt der Landwirte zu sichern?

Reinhard Muth, Althütte

Gemeinde kann aktiv auf Planung einwirken

Zum Artikel „Großhöchberger fühlen sich übergangen“ vom 9. Januar:

Dieser Leserbrief stellt keine Schuldzuweisung dar, sondern beleuchtet lediglich die geltenden Gesetze. In dem Artikel der BKZ steht geschrieben, „die Gemeinde habe keine rechtliche Handhabe, um ein Bauvorhaben, welches sich innerhalb des vom Ge-

setzgeber gesteckten Rahmens bewegt, zu verhindern“. Da der Gesetzgeber eine sogenannte Positivplanung vorschreibt, ist es tatsächlich nicht möglich, einen geplanten Sender zu verhindern. Aber schauen wir, wie die Gemeinde trotzdem aktiv in die Planung einwirken kann. Im Rahmen der von Artikel 28 Grundgesetz (GG) geschützten Planungshoheit verwirklicht die Gemeinde ihre städtebaulichen Ziele. Über ein Mobilfunkkonzept kann neben Zurverfügungstellung öffentlicher Grundstücke ein beträchtliches Steuerungspotenzial für die Errichtung von Mobilfunksendern erreicht werden. Die Gemeinde kann ein entsprechendes Baugesuch zeitlich begrenzt zurückstellen lassen oder eine Veränderungssperre erlassen im Sinne des Paragraphen 14 Baugesetzbuch (Quelle: Nitsch/Weiss/Frey 2020 in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht). Es können dann, zeitlich begrenzt, Alternativstandorte ausgearbeitet werden, die für die Mobilfunkbetreiber tragbar sind und die sie akzeptieren müssen, aber vor allem für die Bevölkerung die geringste Strahlenbelastung ergeben. Im Juli 2020 haben die kommunalen Spitzenverbände mit den vier großen Mobilfunkbetreibern eine Vereinbarung unterzeichnet, bei der im Kern die Kommunen auf den Rechtsanspruch zur Mitsprache bei der Standortwahl verzichten. Rechtlich ist diese Vereinbarung aber nicht bindend, im Gegenteil: Die Rechte der Gemeinden sind, wie in oben genannter Quelle nachzulesen, 2007 vHG Bayern und BVG August 2012 erst wieder erstritten worden.

Wilfried Frosch, Spiegelberg

Kosten werden bewusst völlig überzogen

Zum Artikel „Ein Erwerb ist noch kein Zukunftskonzept“ vom 5./8. Januar:

Die Villa Franck ist keine Bauruine und auch nicht unbewohnbar. Richtig ist das Problem der Elektro- und Wasserversorgung, das jedoch noch mehrere Anlieger in diesem Gebiet betrifft. Leider war und ist aufgrund emotionaler und persönlicher Hindernisse bisher keine Gemeinschaftslösung möglich. Unter Patrick Siben wurde in das Haus mit Park eine mächtige Summe investiert, die dem Haus niemand mehr nimmt, egal wer Eigentümer ist. Die Hangrutschungen wurden beseitigt, die Standfestigkeit der Villa wurde gesichert. Die Freitreppe wurde saniert, viele Innenräume oder Fenster wurden unter Auflagen des Denkmalschutzes renoviert. Das Dach ist so weit auch in Ordnung; nicht in Ordnung sind das optische Erscheinungsbild und die eigenwillige Bewirtschaftung, mit der Herr Siben, nach seinen eigenen Ansprüchen, überfordert ist. Für die Insolvenz seines Erbpachtgebers kann man ihn nicht verantwortlich machen. Zehn Millionen Euro Renovierungskosten sind ein Totschlagargument und eine bewusst völlig überzogene und erschreckende Summe. Richtig ist, dass ein Konzept gefunden werden muss. Die alte Michaelkirche hat eine Wohnung, kann als Ausstellungs- und Konzertsaal ergänzen, dann wäre die Villa (in Küche und Heizung muss man investieren) für eine entsprechende Nutzung frei. Es müssten Parkplätze geschaffen werden. Jedoch darf und kann das Haus nicht übersaniert werden – genau der Originalzustand bestimmt den

hohen Denkmalwert. Mag es eine Herausforderung sein, so kann, egal wer, ein Betreiber oder Eigentümer, nur mit der Stadt agieren. So wie ein Freibad, ein Kino oder eine Festhalle ehrenamtliche Partner oder auch Einnahmenerwirtschaftung durch Vermietung oder Eintritte benötigen. Ein überregionales Konzept, das die Künstler Heinrich und Willy Zügel berücksichtigt, eine Investoren- oder Partnersuche oder die Beteiligung der ehemaligen Eigentümerfamilien könnten ein Zukunftskonzept skizzieren, einen Versuch wäre es wert. Jedenfalls kann man sich kommunalpolitisch nicht so einfach vom Thema abwenden und aus der Verantwortung ziehen. Die Villa ist nicht nur baulich stadtbildprägend, die Sicht reicht von dort sogar über den Wald und Bäume weit an einen Horizont hinaus. Schauen wir mal, dann sehen wir schon. Augen zu macht blind.

Christian Schweizer, Murrhardt

Alles parteitaktische Bekriegen nützt nichts

Zum Artikel „Dax-Unternehmen steuern auf neuen Dividendenrekord zu“ vom 11. Januar:

Wie sprach Herr Habeck vor Kurzem, „es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute“. Nun, das entspricht „nicht ganz“ der Wahrheit, lieber Herr Habeck. Ich würde sagen, das gilt für viele Großunternehmen, jedoch nicht für sehr viele Privatpersonen. Sie leiden unter der immensen Inflation. Bei den Bauern ist das Fass übergelaufen. Die Kosten für ein Pflegeheim sind exorbitant gestiegen, die Lebensmittelpreise kennen nur noch eine Richtung, und die zeigt nach oben. Die Versicherungen zeichnen dasselbe Schema. Die Preise für Trinkwasser, Strom, Gas, Mineralölzeugnisse bleiben auf einem hohen Niveau oder steigen noch. An den Renten wird wieder mal „herumgedoktert“. Es gibt Bestrebungen, die Rente auf „Aktien“ einzuführen (Blackrock freut sich). Die Baupreise sind für einen „normalen Haushalt“ nicht mehr zu stemmen. Wenn sich jemand dafür entscheidet, ein Elektroauto zu kaufen, um die Umwelt zu schützen, bezahlt er hierfür total überhöhte Preise, was natürlich (wie im Artikel ausgewiesen) zu höheren Dividenden bei den Dax-Unternehmen führt. Die Mieten steigen stetig. Die Handwerker müssen ihre Preise erhöhen, weil sie insgesamt die erhöhten Kosten nicht mehr selber tragen können. Die Preise für ein Essen in einem Restaurant gehen in die Höhe, sodass sich noch nicht einmal eine Person des unteren Mittelstands eine kleine Feier etwa für einen Geburtstag leisten kann. Der Hebesatz für die Grundsteuer wird erhöht, was zu noch höheren Mieten führt. Die Müllabfuhr erhöht sich. Ich könnte noch zig weitere Themen nennen, die dem „normalen Bürger“ das Leben immens erschweren. Was mich sehr aufregt, ist der „Trick“, so Frau Esken von der SPD, mit der Umwidmung der 60 Milliarden aus dem Corona-Fonds, der uns alle in eine fundamentale Krise brachte, und dann noch abschließend die Gewinne der AfD, die durch das alles ermöglicht wurden. Meiner Meinung ist es an der Zeit, dass sich die demokratischen Parteien, egal ob CDU/CSU, SPD, FDP, Linke, BSW und die Gewerkschaften, zusammensetzen und sich gemeinsam aller Probleme

annehmen, ohne Parteizugehörigkeit. Es nützt überhaupt nichts, sich aus parteitaktischen oder lobbyistischen Gründen zu bekriegen. „Liebe“ Politiker jedweder Farbe – setzt euch zusammen und findet endlich Lösungen.

Thomas Schiefer, Backnang

Wolfgang Schäuble war ein großes Vorbild

Zur Berichterstattung über den Tod von Wolfgang Schäuble:

Im Alter von 81 Jahren ist der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble verstorben. In seiner beeindruckenden politischen Laufbahn, die über verschiedene Ministerposten bis zum CDU-Vorsitz reichte, prägte er über viele Jahrzehnte die deutsche Politik. Er war aber auch ein ganz besonderer Mensch. Als ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete hatte ich immer mal die Gelegenheit, ihn im kleinen Kreis zu treffen, manchmal auch mit seiner Frau. Bewundernswert war, was diese ganze Familie seit dem furchtbaren Attentat 1990 geleistet hat. Aber gerade für uns in der CDU und in der Senioren-Union war Wolfgang Schäuble ein großes Vorbild. So zeigte er doch, was auch ältere Menschen noch leisten können, selbst wenn sie eine derartige Einschränkung durch eine Querschnittslähmung haben. Die Senioren-Union der CDU im Rems-Murr-Kreis, im Land Baden-Württemberg und in ganz Deutschland hat einen und guten Freund verloren. Wir trauern um einen herausragenden Politiker, eine großartige Persönlichkeit und einen einzigartigen Menschen. Wir sind seinem politischen Erbe verpflichtet.

Rosely Schweizer, Murrhardt

Erstaunlicher Hang zur Desorientierung

Zum Leserbrief von Friedrich Gehring „Verfassungsgemäße Regierungsarbeit – echt?“ vom 5. Januar:

Ex-Pfarrer Friedrich Gehring geriert sich als Oberverfassungsrichter und zeigt dabei einen erstaunlichen Hang zur Desorientierung. So erklärt er die ausgesetzte, aber nicht abgeschaffte Wehrpflicht für Männer als grundgesetzwidrig, obwohl sie genau so im Grundgesetz Artikel 12a verankert ist und das Bundesverfassungsgericht die Einschränkung auf das männliche Geschlecht mehrfach, zuletzt 2008, als verfassungsgemäß eingestuft hat. Auch beim Thema Asylrecht befindet sich Gehring auf dem Holzweg. Der 1993 ins Grundgesetz eingefügte Artikel 16a Absatz 2, der das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte aus sicheren Herkunftsländern einschränkt, war eine notwendige Präzisierung dieses massenhaft missbrauchten Individualrechts, wurde vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet und verfassungsrechtlich nie infrage gestellt. Dann das längst ausgelutschte Thema Kosovokrieg: Gehring sieht in der Intervention der Nato unter Beteiligung der Bundeswehr 1999 einen Verstoß gegen das Angriffskriegsverbot in Artikel 26 Grundgesetz (GG). Dabei wurde dieser Einsatz, wie es sich gehört, vom Bundestag mit überwältigender Mehrheit beschlossen, weil es zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe im serbisch besetzten Kosovo und zur Abwehr eines Genozids an der albanischstämmigen Minderheit geboten war. Auch hier liegen verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichts vor, die auch nachträglich keine Einwände gegen den Bundeswehreininsatz enthielten. Schließlich sein Lieblingsthema Impfpflicht. Er beharrt darauf, dass es sich hier um einen Verstoß gegen GG Artikel 2 (körperliche Unversehrtheit) handelte. Das Gegenteil hatte das Bundesverfassungsgericht am 19. Mai 2022 festgestellt: „Der Gesetzgeber hat im Rahmen des ihm zustehenden Einschätzungsspielraums für einen angemessenen Ausgleich zwischen dem mit der Nachweispflicht verfolgten Schutz vulnerabler Menschen vor einer Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 und den Grundrechtsbeeinträchtigungen zu sorgen.“ Und weiter: „Der Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist verfassungsrechtlich gerechtfertigt.“ Ein Rat: Theologen sollten sich lieber mit Kirchenrecht als mit Verfassungsrecht beschäftigen. Letzteres ist für sie ein zu glattes Pflaster.

Harald Günter, Backnang

Der Inhalt von Leserbriefen stellt die Meinung des Einsenders dar, die Redaktion trägt nur die pressegesetzliche Verantwortung. Leserbriefe müssen sich auf Veröffentlichungen unserer Zeitung beziehen. Ihre Obergrenze beträgt 2000 Zeichen (inklusive Leerzeichen). Pro Autor wird in der Regel ein Leserbrief pro Kalendermonat abgedruckt. Eine Kürzung behalten wir uns vor. Zuschriften müssen mit vollem Namen und Wohnort gekennzeichnet sein. Für eventuelle Rückfragen benötigen wir eine Telefonnummer. Unsere E-Mail-Adresse für Ihre Leserbriefe: leserbriefe@bkz.de

Foto: AdobeStock/Worawut

Umfrage der Woche

Fahren Sie diesen Winter noch in den Skurlaub?

471 abgegebene Stimmen sagen:

16%

Ja klar, die Saison geht erst los.

4%

Nur wenn es noch mal richtig schneit.

80%

Nein, ich fahre nicht Ski.

Die nächste Umfrage ist bereits online auf www.bkz.de.